Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 22½ Ngr., durch die Post 25 Ngr. Einzelne Nr. 1 Ngr. — Auflage: 20,000 Exemplare.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein & Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Inserate werden Moritzstraße 13 angenommen bis Ab. 6 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Meißnergasse 5 bis Abd. 5 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfg. Eingesandt die Zeile 3 Ngr.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen u. Personen inseriren wir nur gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Nachnahme. 10 Silben kosten 1½ Ngr. Aufträge können bei Zahlung auch auf eine Dresdner Firma annehmen. Die Exp.

Nr. 8. Achtzehnter Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Merey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. **Dresden, Mittwoch, 8. Januar 1873.**

Politisches.

Die officielle Lesart: Roon sei ganz auf eigenen Betrieb Bismarck's an dessen Statt Ministerpräsident geworden, hat rasch genug eine andere Lesart hervorgerufen, die bedeutsam genug ist. Bismarck hat nämlich erzählt, daß er es müde geworden sei, vergeblich die Einflüsse der ultramontanen Partei zu bekämpfen. Als Beispiel, wie stark der Einfluß der Herren von der langen und von der kurzen Robe sei, erzählte er, daß er im letzten Sommer erfahren habe, daß ein Kammerherr der Kaiserin eine sehr große Summe (10,000 oder 20,000 Thaler) nach Oberschlesien zur Unterstützung der Agitation gegen das Schulaufsichtsgesetz geschickt und gleichzeitig einen jährlichen Beitrag zur Fortsetzung der Agitation versprochen habe. Er habe diese Thatsache sogleich dem Kaiser mitgetheilt und ihn auf das Bedenkliche aufmerksam gemacht, wenn Personen in solchen Stellungen an der Agitation gegen die Regierung sich betheiligen. Und die Antwort des Kaisers lautete: Lieber Bismarck, nehmen Sie an, daß Sie mir diese Sache nicht mitgetheilt haben, denn Herr v. N. ist ein besonderer Liebling meiner Frau. — Wir glauben nicht, daß Fürst Bismarck eine solche Geschichte erzählen würde, wenn sie nicht ganz genau richtig wäre. Gegenüber solchen Darstellungen wollen die officiellen Beschwichtigungen wenig verfangen.

Einer der wenigen deutschen Bischöfe, die sich nicht an dem wüsten Getreibe der Jesuiten betheiligen, ist Heinrich von Passau. Er hat sogar ein Blatt gegründet, das den ultramontanen Wühlhubereien entgegenarbeiten soll, wird aber dafür von zwei Pfarrern seiner eigenen Diöcese, den bayrischen Abg. Mahr u. Pfahler, fortwährend auf's Unflätigste angegriffen. Am Neujahrstage sandte Mahr dem Redacteur des bischöflichen Blattes ein Kreuzband, dessen Adresse so zügellose Gemeinheiten gegen den Bischof und den Redacteur seines Blattes enthielt, daß der Letztere erklärte: „So kann nur ein herzloser Schurke und ein Schuft schreiben, und hat es Mahr geschrieben, so ist Mahr der Schuft. Mahr aber ist Pfarrer." — In Bayern wird der Kampf, ob das Militär seine hellblaue Uniform aufgeben und die norddeutsche annehmen solle, mit steigender Erbitterung geführt. Hie Kappenhelm — hie Pickelhaube! hie blaue Hose — hie grauen Beinkleid.

Die römische Frage scheint für Thiers ziemlich glatt verlaufen zu wollen. Herr v. Corcelles hat sich doch bewegen lassen, den Posten eines französischen Botschafters beim Papste anzunehmen. Die Nationalversammlung ist in Versailles zusammengetreten, ohne daß über den Rücktritt seines Amtsvorgängers die von Thiers gefürchtete Interpellation gestellt worden wäre. Thiers wird seine römische Schaukelpolitik, gute Beziehungen mit Italien zu pflegen, ohne es mit dem Papste zu verderben, nach wie vor fortführen. Hingegen scheint der schleppende Gang, den die Verhandlungen des Verfassungsausschusses nehmen, Thiers schwere Sorgen zu bereiten. Frankreich beginnt, gegen Thiers, der an Ausflüchten und Ränken unerschöpflich ist, allemach dieselben Klagen zu erheben, wie gegen die Nationalversammlung: daß er vor lauter schönen Reden seine einzige Frage praktisch löse. Man drängt in ihn, wenigstens die Fragen der Verlängerung der präsidentlichen Gewalten und der Errichtung einer Vicepräsidentschaft zu ordnen.

Ueber das Blasenleiden Napoleon's werden jetzt förmlich Bulletins verbreitet, als ob der Patient nicht in Chislehurst, sondern noch in den Tuilerien hause. Bald wird beschwichtigt: es habe sich um keine eigentliche Steinoperation, sondern nur um die Zertrümmerung eines dem Organismus nicht anhaftenden Blasensteines gehandelt; bald heißt es wieder: es solle demnächst ein zweiter Stein aus der durchlauchtigsten Blase entfernt werden.

Der spanische Adel agitirt gegen die im spanischen Budget enthaltene neue Steuer auf die Adelstitel. Da die Nichtzahlung der Steuer nicht den Verlust, sondern nur die zeitweilige Entziehung des Titels nach sich ziehe, so würden sich die Mitglieder des Adels vielleicht dahin einigen, auf ihre Karten die Worte: „ehemals Herzog" oder „Marquis" u. s. w. zu setzen; ein Ausweg, um den Titel zu bewahren, ohne den Beutel anzustrengen. Durch patriotische Aufopferung hat sich der spanische Adel allerdings lange nicht mehr ausgezeichnet.

Locales und Sächsisches.

— Der Wasserbau-Inspector Schmidt ist zum Wasserbau-Director ernannt worden.

— Der Chausseegeldeinnehmer Franz zu Bischofswerda hat die zum Verdienstorden gehörige Medaille in Gold; der Dr. ph. von Gerbel hier den russischen Stanislausorden dritter Classe; der Oberbetriebsinspector Crasso in Meißen das Ritterkreuz des Albrechtsordens, und der Cassirer Petrick in Meißen das Ehrenkreuz des Albrechtsordens erhalten.

— Die Mitglieder der Deputation vom 3. ostpreußischen Grenadierregiment Nr. 4, bestehend aus dem Oberst v. Deutsch, dem Oberstleutnant v. Schrötter, dem Hauptmann Möschke, dem Premierleutnant Harms und dem Secondeleutnant v. Hahn, die bekanntlich Namens ihres Regiments, dessen Chef Se. Maj. der König von Sachsen ist, bei Letzterem anläßlich der jüngst stattgefundenen Jubiläumsfeier zur Gratulation in Dresden anwesend waren, sind sämmtlich mit dem Albrechtsorden, die beiden Ersteren mit dem Comthurkreuze 2. Classe, die drei Letzteren mit dem Ritterkreuze decorirt worden.

— Landtag. In der 2. Kammer war man gestern Zeuge eines seltsamen Schauspiels. Es handelte sich um die von der Regierung beantragte Veränderung der Verfassungsurkunde, wornach die 2. Kammer das Recht der freien Wahl ihrer Präsidenten und des Erlasses einer Adresse erhält. Während sich die Rechte vollständig schweigend verhielt und der Vorlage einfach zustimmte, führten die Liberalen mehrere Scenen häuslichen Zwistes auf. Nicht nur sagten sich die avancirtesten Demokraten, Ludwig und Dr. Wigard einerseits und die gemäßigten Führer, Streit und Dr. Biedermann andererseits bittere Worte vom leeren Strohdreschen und von Gesinnungswechsel, sondern Ludwig und Biedermann geriethen an einander. Der Minister von Nostitz-Wallwitz aber hatte sich vieler kom von der Linken gemachter Complimente zu erwehren. Ehe jedoch die Verfassungsfrage debattirt wurde, erklärte der Justizminister auf eine Anfrage des Abg. Ludwig über den Stand der Justizneubauten in Dresden, daß hierüber den Kammern ein besonderes Dekret bald zugehen werde. Es sei wünschenswerth, daß zu den Justizneubauten die jetzige Zeughauskaserne (wie der kleinen Schießgasse) mit verwendet werde. Das Kriegsministerium wolle aber diese Kaserne nur dann aufgeben, wenn gleichzeitig das Zeughaus selbst verlegt werde. Die Regierung gedenke dieses sehr wertvolle Areal zu anderen Zwecken viel vortheilhafter zu verwenden. In Kürze werde auch eine Vorlage über die Verlegung des Zeughauses an die Kammern gelangen. — Indem die Kammer nunmehr die vorgeschlagenen Verfassungsveränderungen discutirt, beantragt Dr. Wigard, daß das verfassungswidrig aufgehobene Wahlgesetz von 1848 wieder in Wirksamkeit treten solle, Sachsen befinde sich seit mehr als 20 Jahren nicht in einem verfassungsmäßigen Zustande. Ludwig steht nicht ganz auf dem Wigard'schen Standpunkte. Es hat ihm vielmehr sehr angenehm berührt, daß die Regierung aus eigener Veranlassung 2 lebhafte Wünsche der Kammer: das Recht der freien Präsidentenwahl und das des Erlasses einer Adresse erfülle. Was bedeuteten aber diese freiwillig dargebotenen Geschenke, Geschenke, die der Landtag gar nicht verlangt habe? Der Grund sei nur, daß die Liberalen jetzt die letzte Reminiscenz an das 48er Wahlgesetz in Frage stellen helfen, denn in diesem sei von einer „Volksvertretung", nicht einer „Ständeversammlung", wie es jetzt heißen solle, die Rede. Minister v. Nostitz findet es stets nur erwünscht, wenn sich Ludwig über die Absichten der Regierung unterrichten will, heute sei es ihm aber nicht ganz gelungen. Die Regierung bringe gar kein Geschenk und ändere durch eine vorgeschlagene Redaction-Änderung gar nichts an dem Sinne der Verfassung, sie schlage nur das Zweckmäßige und dem Interesse des Landes Angemessene vor. Ihm scheint es die Bezeichnung der 2. Kammer als Volksvertretung nicht unwahrscheinlich, aber 1867 hätte der Landtag selbst die Bezeichnung „Stände" beschließen. Auf Wigard's Rede einzugehen, liege in Niemandes Interesse. Dr. Biedermann: Aus heiterm Himmel gegangen kommt er im Gegensatze zu Ludwig und Wigard die großen Vorzüge, die die Regierung vorlage. Die Beseitigung des Wahlgesetzes von 1848 sei leider nicht rückgängig zu machen; man solle lieber möglichst viel davon verlieren und das Beste vom Zeit die Vorlage. Der Minister habe zu beweisen den Werth der Gabe anerkannt. Naturgemäß sei es, daß die Krone im bisherigen Uebereinkommenes Recht, aus den Vorgeschlagenen die Kammerpräsidenten zu wählen, nicht leicht aufgebe; man könne die Gleichberechtigung daher nur dem Könige danken sein. Das Adressrecht gebe aber der Kammer die Waffe: Aber das Haupt eines Ministeriums könnte, über einen Minister sich direkt beim Könige zu beschweren. Ludwig erkennt zwar dankbar die dargebotenen Fortschritte an, gerath aber darauf in großen Eifer und wirft mit der zornigen Frage: warum man jetzt so eilig solche Geschenke dem Landtage bringe, nachdem es ohne sie auch schon einige 40 Jahre recht gut gegangen sei, einige Bogen Papiers heftig vor sich hin. Der Minister entgegnet, daß die Regierung es mit der Vorlage gar nicht so eilig habe (große Heiterkeit); wenn die Kammer die Berathung aufschieben wolle, er habe Nichts dagegen. Die Regierung habe auf den Anfang der Kammer eine derartige Vorlage versprochen, sie sei gewohnt, ihr Wort zu halten und Ihr sei es gewiß nicht von Ludwig, dann, wenn sie's ihne, ihr noch Ueberstürzung vorwerfen. Wigard: Man habe ihm keine Beweggründe entgegengehalten. Er werde, im Gegensatze zu Biedermann, der seine Ansichten gewechselt habe, stets die Rechtswidrigkeit der jetzigen Verfassung behaupten. Uebrigens habe der Minister gegen Ludwig ganz recht: es sei Pflicht der Regierung gewesen, diese Vorlage einzubringen, man solle ihr dabei keine anderen Motive unterschieben und er wenigstens nehme die Gabe dankbar an. Dr. Biedermann versucht den Nachweis, daß er seine Ansichten nicht geändert habe, Wigard hätte gegen ihn, der 30 Jahre in öffentlicher Wirksamkeit seiner Meinung treu geblieben, weniger rasch mit Vorwürfen sein solle. Der Minister ist nur deshalb nicht auf Wigard's Rede eingegangen, weil jeder Abgeordnete wissen muß, was das Verfassungsrecht sei. Die Regierung wolle nicht interessirt sich den Zuständen von 1848 nähern. Den Ausdruck „Geschenk" weise er zurück. Regierung und Landtag seien nicht dazu da, sich gegenseitig Geschenke zu machen, sondern das nach ihrer Ueberzeugung im Landesinteresse Nothwendige zu thun. (Bravo! rechts.) Uebrigens hätte jede Kammer schon jetzt das Recht der Beschwerde über einen Minister beim König. Vicepräsident Streit führt gegen Ludwig und Wigard wuchtige Hiebe. Allerdings habe die Deputation nicht das Zurückgehen auf das 48er Gesetz vorgeschlagen, um nicht leeres Stroh zu dreschen. Wer das 48er Wahlgesetz noch als rechtsverbindlich ansehe, hätte gar nicht in die jetzige Kammer treten sollen. Nicht recht angemessen sei es, wegen Berichtigung eines Redaktionsfehlers, wie Ludwig wolle, nicht einem Gesetze so erfreulicher Natur zuzustimmen. Dr. Wigard verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß er leeres Stroh dresche. Er habe durch seinen Eintritt in die Kammer blos den jetzigen faktischen, nicht den rechtlichen Zustand anerkannt. Schreck ist zwar materiell mit Wigard's Antrag einverstanden, hält ihn aber nicht für zeitgemäß. Nachdem noch Günther Namens der Rechten erklärt, daß sie einfach gegen den Wigard'schen Antrag stimmen werde, der schon bei früheren Gelegenheiten abgelehnt worden sei, wird derselbe gegen 10 Stimmen (Hähkel, Kretzschmar, Krüger, Dr. Peissner, Ludwig, Dr. Minckwitz, Vornitz, Riedel, Stauß und Dr. Wigard) verworfen. Auch Dr. Schaffrath stimmte gegen denselben. Schreck und einige Andere hatten sich aus dem Sitzungssaale entfernt. Die Kammer lehnte sodann gegen 17 Stimmen ab, daß die Dresdner Abgeordneten halbe Diäten bekommen sollen. Die Dresdner Abgeordneten erklärten sich der Abstimmung enthalten zu wollen, mit Ausnahme Wigards, der auseinandersetzte, warum er für Gewährung von Diäten an Dresdner Abgeordnete stimme. Daß die Abgeordneten beim Eintritt in die Kammer den Eid auf die Verfassung leisten, wird trotz Wigards Widerspruch gegen 8 Stimmen beschlossen. Nachdem im Laufe der weiteren Debatte der Vicepräsident Streit erklärt: das einige Zurückkommen auf die 48er Verfassung sei unpraktisch und müsse endlich aufhören, bemerkt Ludwig: Nunmehr werde er die Verfassungsmäßigkeit der Kammer nicht weiter anerkennen. Zuletzt wurde das Gesetz mit 64 gegen 10 Stimmen angenommen.

Die 1. Kammer berieth die Differenzen über das Volksschulgesetz. Mit 40 gegen 3 Stimmen (Dr. Heinze, Dr. Koch und Martini) hielt sie den confessionellen Charakter der Volksschule, einstimmig den Zusatz aufrecht, daß Kinder von Dissidenten an dem Religionsunterrichte einer anerkannten oder bestätigten Religionsgesellschaft theilzunehmen haben, und daß das Schulgeld obligatorisch zu erheben sei. Sie lehnte die Beschlüsse der 2. Kammer ab, wornach die Regierung ein Gesetz über die Grundsätze, wie sie die Staatszuschüsse an arme Schulgemeinden vertheilen wolle, vorzulegen habe, ebenso die Bestimmung, daß der Religionsunterricht nicht mehr als 3 Stunden umfassen soll. Heute sollen die noch zwischen beiden Kammern bestehenden 25 Differenzen über das Schulgesetz erledigt werden.

— Eisenbahnen und kein Ende! Seit dem 15. Dec. v. J. sind bei der Regierung wieder eine beträchtliche Menge neuer Eisenbahnprojekte eingereicht worden, die dieselbe dem Landtage mit dem Antrage vorlegt, daß dieser entscheiden solle, ob für diese neuen Projekte die Expropriationsbefugniß ertheilt werden soll. Es sind dies: 1) Die deutsche Eisenbahngesellschaft in Berlin will eine Bahn von Berlin über Oranienbaum, Halle, Erfurt nach Meiningen mit einer Abzweigung von Frankenheim nach Leipzig bauen. Die Regierung empfiehlt Ablehnung, was zunächst in Preußen geschieht. 2) Eine Chemnitztalbahn vom Einflusse der Chemnitz in die Mulde bis zur Einmündung an die Chemnitz-Milser oder Chemnitz-Leipziger Staatsbahn entbehrt noch aller erforderlichen Unterlagen. 3) Der Plan der Unternehmer der Geitzbahn-Lausick-Leipziger Bahn, dieselbe von Geitzhain nach Fleha fortzusetzen, ist auch noch nicht mit vollständigen Unterlagen versehen eingereicht worden. 4) Gegen die Eisenbahnprojekte der allgemeinen deutschen Creditanstalt zu Leipzig haben sich die meisten der im Gerdorf-Teroniger Revier entstandenen Kohlenbahn-Unternehmungen erklärt und um Ueberlassung des Baues von Flügeln, jedenfalls Bahnen an die Kohlenwerke selbst oder eine von diesen zu bildende Actiengesellschaft gebeten. Die Regierung will sich die Ausgleichung der entgegenstehenden Interessen vorbehalten. 5) Eine Nothwendigkeit, das Projekt der Meißnitzer-Weidaer Eisenbahngesellschaft von Meißnitzer nach Planen weiterzuführen, liegt nicht vor. 6) Bewohner von Roßwein und Lommatzsch wollen durch eine Bahn von Krepsa über Gleisberg nach Roßwein die im Bau begriffene Hainichen-Roßweiner Bahn mit der projektirten Nossen-Mieser Bahn verbinden. 7) Agenten für Eisenbahngründungen und eine Eisenbahngesellschaft wollen jetzt die Bahn von Dresden nach Altenburg über Wilsdruff, Dittmannsdorf, Reichenbach, Hainichen, Mittweida, Wechselburg, Langenleuba und Lohma führen. Man weiß noch nicht, ob die Bahn Dresden-Altenburg über Hainichen oder Nossen den Vorzug verdient. 8) 9) und 10) will die Leipzig-Dresdener Bahn Meißen-Jessen, Oschatz-Mügeln, Bencha-Brandis bauen. 11) Das Comitee für Pirna-Dux will artigen Zwickel und Bergaisfübel eine kurze Zweigbahn bauen. 12) Kaum ein Bedürfniß scheint vorzuliegen für Fortsetzung der Linie Weißenfels-Planen-Weischlitz nach Hof. Wird jedoch diese Fortsetzung concessionirt, so soll die sächsisch-thüringische Eisenbahngesellschaft ihren Verwaltungssitz nach Sachsen verlegen. Aufgegeben ist 13) das Projekt Werdau-Zwickau-Glauchau-Lugau. Abgelehnt hat 14) die Regierung die directe Verbindung zwischen Dresden und Leipzig über Wilsdruff, Siran, Mügeln, Mutzschen, Merchau, Tredsen und Zweinaundorf, da dieses Projekt mit mehreren anderen bereits andererseits in Angriff genommenen Projekten zusammenläuft. Endlich abgelehnt als überflüssig 15) Thammenhain bei Wurzen bis Leipzig. Schlecht gezählt sind jetzt gegen 100 Privat-Eisenbahnprojekte (außer den reellen Staatsbahnbauten) auf der Tagesordnung. Wie wenige von ihnen werden wirklich ausgeführt?

— Die Pferdebahn beförderte am Sonntag 5833 und am Montag 5450, doch meist Vergnügungsreisende! In Blasewitz bringt die Bahn eine Art friedlicher Revolution zu Wege. Während nämlich früher Jedermann froh war, wenn er bis zum „Pox Blitz" oder Gasthof gerumpelt war — strebt man jetzt „weit hinaus". Am Ostende, hinter der Ziegelei, bei „Oberblasewitz", wo früher die Füchse sich gute Nacht sagten, ist ein reiches Leben erstanden. Der stattliche Bahnhof der Tramway ist nahezu vollendet; die mit stellbaren Weichen versehene Halle für die fünfzehn Waggons und die musterhaft sauberen und schönen Ställe für 140 Pferde sind fix und fertig. An Neubauten fehlt es dort draußen auch nicht, eine Restauration wird auch geplant, und so ist es kein Wunder, wenn Sonntags Massen von neugierigen Pilgern hinausfahren, die gewöhnlich aus Schlauheit schon am